

# Halbesche Zeitung

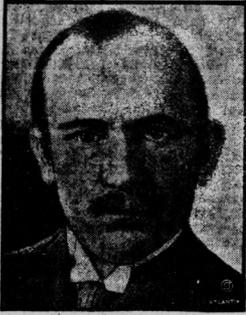
## Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Das „Halbesche Zeitung“ erscheint an jedem Montag nachmittags. Der monatliche Preis beträgt 2,00 Reichsmark. Einzelhefte zu 10 Pfennigen. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Postämter und Verleger. Die Redaktion ist in Halle, Postfach 100. Die Druckerei ist in Halle, Postfach 100.

Die Redaktion, die im gleichen Monat in der „Halbesche Zeitung“ erschienen, bezieht sich auf die Ausgabe vom 23. Juni 1926. Einzelhefte zu 10 Pfennigen. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Postämter und Verleger. Die Redaktion ist in Halle, Postfach 100. Die Druckerei ist in Halle, Postfach 100.

### Neues in Kürze.

Pressefremden und Politisierungen.



Dr. Beneš.

Der Außenminister der Tschechoslowakei, der von der Nationaldemokratischen Partei zum Rücktritt aufgefordert wurde.

Das preussische Staatsministerium wurde von einem nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten gefragt, ob man nunmehr Hitler wie in Obersiebenbrunn auf preussischen öffentlichen Versammlungen auftreten zu lassen gedenke. Die Anfrage wurde vom preussischen Minister des Innern verneint.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat beschlossen, ein Beschlagnahmengesetz zugunsten der in Trier wegen Aufrufs verurteilten Bürger an die preussische Regierung zu richten.

Der Leiter des Vertragsbüros des japanischen auswärtigen Amtes, Nagao, ist zum japanischen Vizekonsul in Berlin ernannt worden. Der normale Vizekonsul in Washington, Sanbata, wurde zum Vizekonsul in Tokio ernannt.

Bei der Eisenbahnwagenfabrik Wegmann in Cassel, die bereits kürzlich einen größeren laienhaften Aufruf auf Lieferung von schweren Schienenwagen für die Anatolien-Bahn von der türkischen Regierung erhalten hatte, ist ein neuer Aufruf auf Lieferung von Eisenbahnmaterial eingegangen. U. a. wurde auch ein Salonwagen für den Präsidenten der türkischen Republik, Kemal Ataturk, bestellt.

In einem gemeinsamen Kundentag des preussischen Handelsministeriums und des Ministers des Innern wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, mit Rücksicht auf die Entwidlung des Zulieferverkehrs alsbald Maßnahmen zu treffen, die eine zurechnungsmäßige und den Bedürfnissen der Sicherheit und der Wirtschaft des Reichs entsprechende Abwicklung des Lieferverkehrs in den kriegsjährigen Gewährleistung.

Die Internationalisierte Rheinlandkommission hat das neueste ausgesprochene Verbot des Schauspiels „Die Entlassung“ von Emil Ludwig und der Veröffentlichung des Statistischen Reichsanwaltes in Berlin „Deutschlands Wirtschaftslage unter den Nachwirkungen des Weltkrieges“ aufgehoben.

Gestern Abend fand in Brünn (Tschechoslowakei) eine von der nationaldemokratischen Partei einberufene Versammlung statt, zu der sich auch Angehörige anderer Parteien, und zwar ungefähr 300 Sozialisten und Kommunisten eingeladen hatten, die jedoch wegen anderweitiger Sitzung aus dem Stadion gewiesen wurden. In den Straßen bildeten sich darauf Gruppen, aus denen auf die Polizei Steine geschleudert wurden. Einige Wachen wurden durch die Steinwürfe leicht verletzt. Serbische Polizei gestrichelte die Demonstranten, einige wurden festgenommen.

Die letzten japanischen Nachrichten über die militärischen Operationen in Marosko lauten sehr günstig. Die endgültige Befreiung der ganzen japanischen Protektoratezone geht voran.

Der Rat der südafrikanischen Arbeiterpartei lehnte eine Entschliessung, in der er sich die Forderung einer eigenen Fraktion für Südafrika zu eigen macht unter anderem Hinweis darauf, daß eine eigene Fraktion im Parlament wäre, die Differenzen der Vergangenheit unter der Bevölkerung auszugleichen.

### Die Parteien zur Fürstenvermögensfrage.

#### Endgültiges Abstimmungs-Ergebnis.

Nachdem das bisher veröffentlichte vorläufige Ergebnis des Volksentscheides nachträglich noch einige Berichtigungen erfahren hat, stellen sich die Ziffern, wie sie heute im „Reichsanzeiger“ bekannt gemacht worden, folgendermaßen dar: Die Anzahl der Stimmberechtigten betrug 39 650 559, ungültig waren 559 406 Stimmen, gültig 15 026 313, die Ja-Stimmen betragen 14 441 590, die Nein-Stimmen 584 723. (Beim Volksbegehren waren 12 523 239 Stimmen abgegeben worden.)

#### Die Offensive der Marzisten.

#### Die Kommunisten fordern Reichstagsauflösung.

Die kommunistische Reichstagsfraktion teilt mit: „Die kommunistische Reichstagsfraktion ist der Auffassung, daß das Willensgesetz für die endgültige Entscheidung der Fürsten eine klare Entscheidung der Mehrheit des weitaus überwiegenden Volkes gegen Hindenburg, gegen die Regierung Marx und gegen den Reichstag ist. Die kommunistische Reichstagsfraktion fordert deshalb die sofortige Auflösung des Reichstages und die Durchführung des Reichstagsgesetzes.“ Und nach der Reichstagsauflösung: „Die Haltung des Reichstages. Seit man, wie bei uns in Halle am Abstimmungsabend des Reichstages mit dem Reichsanwalt gesprochen, wird wohl auch der Reichstag begreifen, was die Rede gegen das Bürgerrecht meint.“

#### Kommunistische Anfrage wegen der Zusammenstöße.

Die kommunistische Fraktion des preussischen Landtags nimmt in einer großen Anfrage Stellung zu den Zusammenstößen zwischen Anhängern und Gegnern des Volksentscheides, wie sie sich am Sonntag u. a. in Ammendorf, Wedeburg, Adin, Altentellen, Fürstentode usw. ereignen hätten. Das Staatsministerium wird gefragt, was es in Zukunft zu unternehmen gedenke, um den Arbeitslosigkeit hervorbedingten drohenden Terror der monarchistischen Verbände wirkungsvoll entgegenzutreten und die Entwidlung der monarchistischen Verbände durchzuführen.

Diese Wölfe in Schafsheiden, die täglich offen den Bürgerrecht und Terror predigen und dann den anderen die Schuld am Mittergehen zuschieben, sind wirklich echte Sowjetjünger. Sie würden eine so unerhörte Anfrage aber trotzdem nicht machen, wenn ihnen nicht die Fürsten die Führung der ganzen Linken und die Verbindung mit den Sozialdemokraten gebracht hätte. Das Ziel der Anfrage ist ein Ausnahmengesetz gegen die bürgerlichen Ausschreitungen gegen die Glieder der Linken (Kommunisten, Sozialisten und Reichsbanner). Die Ausschreitungen, mit Hilfe der Sozialdemokraten und linken Fürstentümer im jetzigen preussischen Landtag ist Ziel zu erreichen, müssen ihnen dann der neuen Resolutionserweiterung der Linken als gültig erscheinen, denn sonst würden sie wie im Reich so auch in Preußen Auflösung des Parlamentes verlangen. Gelingt ihnen der Anschlag, so ist das Bürgerrecht wechsellösung gemacht und der zweiten Resolution steht nur noch die Reichsverfassung im Wege, die man auf den Umweg über Reichstagsauflösung und Ersatz des Generals von Seeck durch einen „Genossen“ umschichten zu machen beabsichtigt. Eine wirklich raffiniert ausgedachte Politik, auf die das Bürgerrecht viel härter aufgeben sollte als bisher. Denn es geht um Sein oder Nichtsein. Die Linke ist zu allem entschlossen, und nur eine geliebte Waise, dabei aber durch und durch populäre Arbeiterpolitik aller Bürgerlichen kann das nahebei Insekt abenden.

Die Führer der Regierungsparteien des Reichstages stellen sich zum Schluß der Verhandlung des Reichstages eine Besprechung über die Frage der Entscheidung des Reichstages einmündig zur Fürstentode ab. Die beschlossene einstimmig an diesem Gegenstand teilzunehmen und alle Änderungsanträge abzugeben.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei stellt ebenfalls eine möglichst rasche Erledigung der Fürstentodeangelegenheit für geboten. Auch in der Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei kam einstimmig dieselbe Anschauung zum Ausdruck.

Die demokratische Reichstagsfraktion beschloß heute in einer Sitzung, auf die Reichsregierung dahin einzuwirken, daß das Gesetz über die Fürstentode noch vor der Reichstagsferien zur Erledigung kommt. Der Vertreter der Fraktionen im Reichstagsrat wurde angewiesen, in der Denkschrift des Reichsanwaltes die einbl. Annahme des Gesetzes zu beantragen.

Gestern, um 7 Uhr Abends, empfing Reichsanwalt Dr. Marx nacheinander die Abg. Graf Weizsäcker (Dn.), Müller-Franken (Soz.) und Dreyer (Wirtsch. Vg.) zu einer Aussprache über die Fürstentode. Die Fraktionen beglückwünschten die Entscheidung ihrer Fraktionen vor.

#### Die Sozialdemokraten machen Ausflüchte.

In der gestrigen Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion kam zum Ausdruck, daß die Sozialdemokraten sich einer solchen Mitarbeit beim Entwurf nicht entziehen würden, obwohl die Verbesserungsanträge nicht verzögert hätten, so daß eine En-bloc-Akklamation des Regierungsentwurfs für sie nicht in Frage kommt.

Die Sozialdemokraten wiesen natürlich ganz genau, daß die Demokraten beschlossen haben, den Regierungsentwurf nur an bloc, d. h. ohne jede Änderung, anzunehmen. Wenn sie trotzdem ihrerseits erklären, keinesfalls für En-bloc-Akklamation stimmen zu wollen, so sind nur zwei Erklärungen für diesen Gegensatz zwischen Demokraten und Sozialdemokraten denkbar.

Entweder ist es ein absichtliches Verstellen, und die Demokraten erklären sich zur Annahme des Entwurfs nur bereit, weil sie darauf rechnen, daß es mangels Zustimmung der Sozialdemokraten für doch nicht zur Annahme kommt und sie dann freie Hand bekommen, ganz offen mit den Sozialdemokraten und Kommunisten zu gehen. Oder die Sozialdemokraten sind auf Grund der 14,4 Millionen Ja-Stimmen für das marxistische Entwidlungsbegehren entschlossen, es ganz offen zur Entscheidung zwischen Marxismus und Bürgerrecht, zwischen neuer Revolution und friedlicher Entwidlung zu bringen in Gemeinschaft mit den Kommunisten, die die Reichstagsauflösung schon beantragt haben in der Erwartung, daß bei der Annahme der Linke Fraktion der Demokraten und des Zentrums sich vom rechten Flügel lösen und in die Einheitsfront der Marzisten einschmelzen. Diese letztere Ansicht ist die wahrscheinlichste, da alle Anzeichen für völlige — nur noch äußerlich scheinbar abgetrennte — Einigkeit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten sprechen und da das häufige Sprengungsmando gegen Demokraten und Zentrum der seit Verhängung mit den Kommunisten durchaus offen verbundenen Laufen der Sozialdemokraten besser entspricht und größeren Erfolg verspricht als das parlamentarische Vorgehen. In beiden Fällen ist die Beteiligung des Zentrums und der Demokraten. Die Gewaltentwidlung hängt jetzt ganz davon ab, ob es gelingt, der roten Front eine weiche Front aller Freunde der Ordnung und des innern Friedens entgegenzustellen, der dann auch aus den Bekanntheit, die Gefahren eines linksradikal-bolschewistischen Staatssturzes rechtzeitig erfahrenden Teilen der Arbeiterschaft jährliche Angriffe zurichten würden. Denn es geht ja in Wirklichkeit bei den Vätern der Marzisten keineswegs um Bürgerrecht oder Arbeiterrecht, sondern lediglich um die Macht über Bürgerrecht und Arbeiterrecht zugleich, um die Diktatorgewalt der roten Führer nach russischem Vorbild. Das Volkswort ist dabei völlig Rebenache, es dient nur als Köder um die Angelegten, genau wie die Entwidlungsfrage.

#### Das Zentrum zur Fürstenfrage.

Die Reichstagsfraktion des Zentrums erließ nach ihrer Fraktionsitzung am Montagabend eine Rundschreiben, in der nach der Ablehnung des Volksentscheidens die vernunftgemäße Entscheidung der Reichstagsfraktion über die Fürstentode und das, was die derzeit wichtigste politische Frage bezeichnet wird, die keinen Aufschub mehr dulde. Die Fraktion habe schon früher ihren Vorstand beauftragt, mit allen parlamentarischen Mitteln auf die Hebung der Entscheidung des Reichstages einzuwirken zu bemühen. Dabei dürfe die Fraktion nicht abgeschwächt werden, die der heillosretende Vorleser der Fraktion im Auftrage der Regierungsgewalt am 10. Juni in der Reichstagsfraktion dahin abgegeben habe, daß das Gesetz den Fürsten nur das Vermögen abnehmen solle, was sie als ungeschicktes Privatvermögen erworben haben, das dabei den Folgen des verlorenen Krieges, der Verarmung des Volkes und der allgemeinen Vermögenslage der Fürsten Rechnung getragen werden und daß ferner bei Abändern zu stellen werden solle, worauf es aus Gründen der

Kultur oder der Volksgelundheit Anspruch haben. Den Fürsten werde keine bessere Aufwertung zuteil, als anderen Staatsbürgern. Das Zentrum stehe zu diesem gegebenen Wort, und bestmöglichst seinen Vorleser zur Entscheidung dieser Frage erforderlichfalls alle politischen Folgerungen zu ziehen.

Für das Zentrum ist allerdings die Fürstenfrage „die wichtigste politische Frage“, denn niemals ist der Gegensatz zwischen „Rechts und Links“ so ausgeprägt und durch und durch marxistischen Flügel und seinem rechten Flügel so klar gewesen. Der rechte Flügel steht außerdem deutlich voran, daß eine Fortdauer der Entscheidungsbefugnis unabsehlich von linker Seite des Berganges nach Entwidlung der „Letzen Hand“, nach Entwidlung des großen Reiches der katholischen Kirche nach sich ziehen würde. Obgleich auch in Preußen Fürsten- und Reichentodentscheidend in Hand.

Eine möglichst schnelle und auch den linken Zentrumsmitteln beruhigende Lösung der Fürstentodefrage ist also für das Zentrum geradezu eine Existenzfrage. Daß die Gefahr der Auflösung großer Zentrumsteile durch die Linke der Rechten bedeutsame politische Möglichkeiten eröffnet, ist hier nur angedeutet.

Der Reichsanwalt des Reichstages nimmt, wie vereinbart, am heutigen Dienstag den Regierungsentwurf zur Fürstentode in Angriff. Er soll, in drei Tagen, am Dienstag, Mittwoch und Donnerstag, seine Weisungen zu beenden.

#### Interessante Wiener Pressestimmen.

Zum Ergebnis des Volksentscheides in Deutschland schreibt die „Neue Freie Presse“: „Der Abstimmungsbescheid ist ein sehr wichtiger Schritt in der Entwicklung der deutschen Demokratie.“

Auch das „Neue Wiener Tagblatt“ drückt die Genugtuung darüber aus, daß die den deutschen Volk gehörige Entscheidung, welche die Annahme des Antrags hervorgerufen hätte, erspart geblieben worden sei.

In der „Reichspost“ heißt es: „Das deutsche Volk hat einen großen Tag hinter sich. Seit Reichstagsfeierlichkeiten einer harten Probe ausgesetzt. Es hat diese Probe gut bestanden.“

Die „Wiener Arbeiterzeitung“ erklärt: „Der marxistische Versuch einer Umwälzung des Eigentumsrechts ist glücklicherweise durch das Ergebnis des Volksentscheides durch die Arbeit für eine vernünftige Abfindung der deutschen Fürsten erledigt worden.“

Die „Arbeiterzeitung“ steht in der Abstimmungsergebnis den genialsten Sieg der republikanischen Gewandtheit der Abgabe an die monarchistische Idee. Der Reichstag wurde dabei die Form der Fürstentodefindung finden müssen, die halbwegs der Stimmung, die am Sonntag im deutschen Volk zum Ausdruck gekommen sei, entspricht.

Diese Pressestimmen sind deshalb so außerordentlich interessant und bedeutsam, weil die Wiener Zeitungen in keiner Weise nationalpolitisch sondern vornehmlich durch und durch demokratisch liberal sind. Trotzdem sprechen sie fast gleichlautend von der großen Gefahr einer revolutionären Tendenz in Deutschland, die durch das Abstimmungsergebnis glücklicherweise abgemindert sei. Das ist ein schlagender Beweis dafür, wie irrig oder bewußt irreführend es ist, wenn die deutschen Revolutions- und Kriegsjahre bekämpfen und als propagandistische Schriftbilder der deutschen Reichsregierung hinstellen wollen. Für die unbedeutend und jauchend urteilenden Wiener Demokraten liegt die Revolutionstendenz der Linken eine unbestreitbare Tatsache. Das sollte den Zweiflern bei uns sehr zu denken geben.

Bekanntlich lehrt sich auch die Stellungnahme der sozialistischen Wiener „Arbeiterzeitung“: „Der in Wien, wo keine Verdrängung zwischen Sozialisten und Kommunisten wie bei uns, besteht weil man die Schrecken des Kommunismus zu fühlen bekommen hat, treten die Sozialisten keineswegs für völlige endgültige Entscheidung ein, sondern für einen Ausgleich der „halbwegs“ dem Abstimmungsergebnis entspricht. Der Linken ganz anders als die revolutionären Fortbringer der deutschen Sozialistenpresse. Um was den „Sieg des republikanischen Gewandtheit“ die Abgabe an die monarchistische Idee“ anlangt, ist die gestrige Erklärung eines hiesigen deutschen nationalen Führers „ermüdet“, „Kommunismus“ Das ist eine Frage, die heute auch bei uns Deutschen nationaler kaum irgendeine Rolle spielt.“

**Zum Polizeihaushalt.**

Der Hauptausschuß des preussischen Landtages nahm am Montag seine Beratungen wieder auf und leitete die Vorbereitung des Polizeihaushalts fort. Ministerdirektor Dr. Müge hielt fest, daß die Polizei von allen Parteien Anerkennung gefunden habe. Der Ausschuss des Krollkammerpräsidenten in Berlin habe der Polizei 58000 Mark Mehrkosten verurteilt. Das neue Polizeigesetz, das über die Feststellung der Polizeibeamten Bestimmungen bringt, werde nach dem Fall des Reichstages nächste Tag in der Kommission für die Polizei den Mitgliedern vorgelegt werden. Bedauerlich sei die Zahl der Entlassungen von Polizeibeamten. Sie gingen aber nicht auf dienstliche, sondern auf persönliche Beamtenschaft zurück. Das vorgesehene Polizeibeamtengesetz werde auch

**eine Unkürzfürsorge**

enthalten. Bei der Neuordnung der Landjägerei sei keine Milliarisierung geplant. Die Gesamtzahl der kaiserlichen Polizeibeamten sei von der Entente für ganz Deutschland auf 35000 Mann festgesetzt worden, mit Ausnahme der Polizeibeamten. Auf Preußen entfallen 21000 Mann. Stellen seien in der Polizei nicht mehr frei. Die heutige Zahl der Schulpolizeibeamten stelle das Mindestmaß dar, das die Staatsregierung verlangen müsse.

Die Vorfälle des Unruhensüßes über Verbesserungen für die Kriminalbeamten und die Beamten des Innenbüros wurden trotz der Bedenken der Regierung angenommen. Die Aufstellungsaufträge für Infanterie sollen in erhöhtem Maße das keine Handwert berücksichtigen. Schließlich wurde das Staatsministerium ersucht, die Anstellungsbefugnisse der Beamten der Polizei nach Anordnung der Berufsvereine neu zu regeln. Damit war die Vorbereitung des Polizeihaushalts, der am Dienstag das Plenum beschließen wird, beendet.

**Aus dem Reichstag.**

In der gestrigen Reichstags Sitzung wurde ohne Aussprache der Zulageertrag zum deutsch-französischen Wirtschaftsabkommen dem Ausschuss für den Handelspolitischen Ausschuss, der Vergleichsordnung dem Reichstagsausschuß überwiesen. Die Rolle zum Gesetz über die Gesellschaften m. b. H. wurde ohne Aussprache in erster und zweiter Beratung angenommen. Dann folgte der Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses über das

Washingtoner Uebereinkommen, wonach der Wöchnerinnenlohn erwirtschafteten Frauen weiter ausgebaut werden soll. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns erklärte, die Regierung habe zwar keine grundsätzlichen Bedenken gegen die Ratifizierung, halte es aber für vor der Ratifizierung die deutsche Vermögensbildung durch die Frauen Uebereinkommen anzupassen. Der Antrag des Ministers entsprechend wurde die Zurückweisung der Angelegenheit an den Sozialpolitischen Ausschuss beschlossen. Die dann folgende dritte Beratung der

Rolle zum Reichsanwartschaftsgesetz wurde verbunden mit der zweiten Beratung eines von den Regierungsparteien eingebrachten Gesetzentwurfs, der die Bestimmungen des Anwartschaftsgesetzes über die Kinderrente auch auf die Reichsanwartschaftsordnung und die Angestelltenversicherung ausdehnen will. In der Aussprache erklärte der sozialdemokratische Redner an, daß die Rolle manche Verbesserungen bringe, gegen einzelne Punkte hätten seine Freunde aber noch große Bedenken, und sie würden entsprechende Verbesserungsanträge stellen.

Die Weiterberatung wurde auf Dienstag 2 Uhr vertagt. Auf der Tagesordnung steht

weiter der vom Reichsrat schon angenommene Gesetzentwurf der Regierung, wonach über Aufwertungsfragen der Volksentscheid unzulässig sein soll.

**Auswärtige Politik.**

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages nahm einen Bericht des Generals deutschen Delegierten, Grafen v. Bernstorff, über die Ausrüstungsfragen entgegen. Nach längerer Aussprache, in deren Verlauf auch der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Stresemann, das Wort ergriß, faßte der Ausschuss mit großer Mehrheit folgende Entschlieung: „Unbeschadet der Stellung der verschiedenen Fraktionen vertrittet sich in den Fragen im einzelnen nimmt der Auswärtige Ausschuss davon Kenntnis, daß bei den Verhandlungen der vorbereitenden Kommission für die Verhandlungenstagen irgendwelche Bindungen für Deutschland nicht existieren, und erhebt mit dieser Maßgabe gegen eine Fortsetzung der Beteiligung Deutschlands an den weiteren Beratungen zur Förderung des Abrüstungsproblems keine Bedenken.“

Es folgte die Beratung über den Gesetzentwurf zur Durchführung der Artikel 177, 178 und 198 des Vertrages von Versailles und der Pariser Vereinbarungen über Luftfahrt. Nach ausführlicher Diskussion empfahl der Auswärtige Ausschuss bei Stimmhaltung der Vertreter der Kommunistischen Fraktion mit allen übrigen Stimmen dem Plenum des Reichstages die Annahme des Gesetzentwurfes.

Der „Ruizer Vorname“ veröffentlicht Erklärungen des sozialistischen Abgeordneten Libermann über das Verhältnis der Sozialistischen Partei zu Pilsudski. In dieser Erklärung heißt es: Die Sozialistische Partei könne die Aufstellung Pilsudskis, daß er die Revolution völlig ohne revolutionäre Konsequenzen unternommen habe, nicht teilen, und fügte sich nicht dadurch gebunden, die Revolution nicht mehr eine Partei von Konsequenzen nach sich ziehen, vor allem müsse auch der Sejm entfernt werden, der die Revolutionsstimmung geschaffen habe. Die Sozialisten würden nur für kurzfristige Vorkommnisse bis zum Zulamentritt des neuen Sejm zustimmen. Volksmacht für Verfassungsänderung und Änderung der Wahlordnung dagegen könnten sie nicht geben. Wenn der Sejm sich nicht auflöse, werde man alles versuchen, um ihn zur Auflösung zu bringen. Die Sozialisten müßten nicht nur über ein in der Forderung der moralischen Erneuerung und der Reinigung des politischen Personalapparates, aber ihre grundsätzlichen Parteiziele, ihre politischen Traditionen, ihr sozialistisches Programm tadeln. Die Sozialisten nicht an zweite Stelle rücken.

„Pilsudski ist der Staatsmann Englands. Das erklärt alles; er darf nicht sozialistisch regieren. Sonst entfällt England dem politischen Staat die Finanzkraft und der Beiztritt ist da.“



Briland.

„Wenn das so weitergeht, dann werde ich bald das Substitut meines 100. Kabinetts feiern können.“

**Um Poincares Ministerlandläuter.**

Die Beratungen, die Briand mit Poincaré führt, sind noch nicht zum Abschluß gebracht. Briand hatte gestern gegen 6 Uhr, abends zum dritten Male eine Unterredung mit Poincaré, die offenbar aus seinem Ergebnis führte, denn Poincaré erklärte nach Beendigung der Unterredung, er werde nach dem Abendessen zu Briand zurückkehren. Die Taffache, das Poincaré wiederum mit Briand verhandeln will, wurde dahin ge-

deutet, daß noch nicht feststeht, ob er in ein Kabinett Briand eintreten wird. Poincaré soll übrigens erklärt haben, daß er ein anderes Fortsetzungsmodell des Finanzministers vorgehen werde, was dadurch befristet zu werden sei, daß unmittelbar nachdem er das Canal d'Orleans verlassen habe, der ehemalige Finanzminister Demmer bei Briand erschiene.

**Heßflugblätter der Friedensgesellschaft.**

**„Deutschlands geheime Rüstungen gegen Polen.“**

Wie in einer kleinen Anfrage eines deutsch-nationalen Landtagsabgeordneten ausgeführt wurde, verleiht die „Friedensgesellschaft“ Hagen in Westfalen in Westfalen Flugblätter des Inhalts, daß Deutschland geheime Rüstungen treibe, um den Krieg gegen Polen vorzubereiten usw. Dem Abtl. Preuß. Provinzialrat in der Oberhauskammer in Hagen das Flugblatt beschlagnahmt und die Vorfälle dem Oberreichsanwalt zur Strafverfolgung wegen Landesserrats vorgelegt. — Sollte es endlich einmal gelingen, dieser „Friedensgesellschaft“ das Handwerk zu legen?

**Die polnischen Sozialisten gegen Pilsudki.**

Der „Ruizer Vorname“ veröffentlicht Erklärungen des sozialistischen Abgeordneten Libermann über das Verhältnis der Sozialistischen Partei zu Pilsudski. In dieser Erklärung heißt es: Die Sozialistische Partei könne die Aufstellung Pilsudskis, daß er die Revolution völlig ohne revolutionäre Konsequenzen unternommen habe, nicht teilen, und fügte sich nicht dadurch gebunden, die Revolution nicht mehr eine Partei von Konsequenzen nach sich ziehen, vor allem müsse auch der Sejm entfernt werden, der die Revolutionsstimmung geschaffen habe. Die Sozialisten würden nur für kurzfristige Vorkommnisse bis zum Zulamentritt des neuen Sejm zustimmen. Volksmacht für Verfassungsänderung und Änderung der Wahlordnung dagegen könnten sie nicht geben. Wenn der Sejm sich nicht auflöse, werde man alles versuchen, um ihn zur Auflösung zu bringen. Die Sozialisten müßten nicht nur über ein in der Forderung der moralischen Erneuerung und der Reinigung des politischen Personalapparates, aber ihre grundsätzlichen Parteiziele, ihre politischen Traditionen, ihr sozialistisches Programm tadeln. Die Sozialisten nicht an zweite Stelle rücken.

**Die tschechoslowakischen Sozialisten.**

Parteilichkeit wird aus Prag gemeldet: Der Zentralratsbeschluss des tschechoslowakischen Sozialistischen Partei beschloß in einer von Abgeordneten und Genossenrat gemeinsam abgehaltenen Beratung auf der augenblicklichen Demission der Regierung zu bestehen. Aus diesem Grunde haben die Abgeordneten Mahanujester Dr. Benesch zur sofortigen Demission aufgefordert.

Der Hauptgrund dieser Forderung ist die Annahme der Agrarfrage und des herrschaftlichen Verhältnisses der Regierungspartei bei den Demonstrationen gegen diese Fülle. Inzwischen werden von den Kommunisten und Sozialdemokraten auch schon die Arbeiter in den Betrieben mobil gemacht; auf Anregung der Betriebsräte

der metallurgischen Betriebe wurde gestern nachmittag 2 Uhr in den Brauer Gärtnerei die Arbeit eingestellt. Die Arbeiterfrage lag im Januar der Stadt zu einer Protestversammlung gegen die Agrarfrage. Nach Schluß der Versammlung bestimmten einige Redner, daß der Versammlung ein Demonstrationen, wurden aber von der Polizei zerstreut.

„Vermutlich werden wir in Deutschland dank der Fürstentumsgesetze sehr bald ähnliches erleben, denn auch unsere Regierung plant eine Neuregelung der Agrarfrage. Und das angeführt der Weltuntertriebs eine landwirtschaftliche Produktion der Sozialisten, die Arbeiterfrage und Selbst der Arbeiter ist, das geben unsere Marzisten nicht zu, denn erst wollen sie auch die Landwirte genau so zu Vorkrätern machen, wie sie es auch die rote Infanterie bereits mit den Kennern und Sparern getan haben. Ihr Ziel bleibt eben: „Jahr mit dem Mittelstand“ und „hoch das Proletariat“, d. h. hoch die Führer des Proletariats.“

**Die Goldvorräte der Notenbanken.**

In den Goldvorrat der Welt, der für Währungswecke bei den Notenbanken gehalten ist, teilen sich hauptsächlich Europa und die Vereinigten Staaten von Amerika. Nach dem Stande von Ende März belaufen die europäischen Notenbanken (alles in Mark) 18,42 Milliarden, die Verein. Staaten aber allein 18,86 Milliarden. Damit tritt die Herrschaft des Dollars als zentrale Währung deutlich in die Erscheinung.

Unter den europäischen Notenbanken steht England mit 2,98 Milliarden an der Spitze; es folgen Frankreich mit 2,98 Milliarden, Spanien mit 2,05 Milliarden, Deutschland mit 1,95 Milliarden, Holland mit 724 Millionen, die Schweiz mit 388 Millionen, Rußland mit 318 Millionen, Schweden mit 288 Millionen, Dänemark mit 255 Millionen, Norwegen mit 165 Millionen, Rumänien mit 113 Millionen.

All übrigen Notenbanken bilden unter 100 Millionen. Österreich besitzt eine Goldreserve von nur 8,7 Millionen. Dabei steht die österreichische Währung zurzeit über Goldparität. Dagegen hat überhaupt keinen Goldbestand. Andererseits bedeutet die riesige Goldreserve der Bank von Frankreich totes Kapital, das auf die Währungsverschärfung keinen Einfluß mehr hat. Die Bestände der Notenbanken an Devisen wachsen nur einem Bruchteil des Goldes an; sie betragen Ende März bei den europäischen Notenbanken insgesamt 2,15 Milliarden Mark.

**Das Aufwertungsvoßbegehren.**

**Der Sparsbund an Hindenburg.**

Der Sparsbund in Freiburg im Breisgau hat an den Reichspräsidenten von Hindenburg ein Schreiben gerichtet. Das Schreiben verweist auf den dem geplanten Aufwertungsvoßbegehren zugrunde liegenden Gesetzentwurf und gibt der Erwartung Ausdruck, daß der Reichspräsident vom Reichstanglege A. D. Dr. Kuiper noch vorbereiteten Sperrgesetz zur Verhinderung des Aufwertungsvoßbegehrens entgegenwirken möge.

Wie die Agentur „Ndb Pacifica aus Hongkong berichtet, melben die in Kanton veröffentlichten Berichte große Siege der kommunistischen „nationalen“ Gruppen über die vereinigten Truppen Waipiens und Hanganling in Honangebiet. Der Fall der Stadt Chinghsiaß habe Besse. Die Provinz Kweichow habe sich erboten, mit Kanton ein Bündnis abzuschließen.

Gummwaren. — Gasschläuche von 50 Pfg. an. — Gummiferdmannd Nohme Nachs. Gr. Str. 15 — Fernspr. 6235.

**Die Brüder Michael.**

Roman von Helwig Marcks.  
Acher-Rechtshaus durch Vertrag Colar Meister, Zehrun 14. Fortsetzung. (Kahrbuch verboten.)  
„Sie wußte es doch, daß Sie es sind, Hanna. Treten Sie uns die Hände nicht, nicht, lagte er herzlich. Schweigend erfüllte sie seinen Wunsch.  
Als sie an einer Seite in das Wohnzimmer trat, schlug ihr Herz heftiger und doch fühlte sie sich geboren.  
Sie nahm in dem dreiten Fensterstuhl Platz, Klaus ihr gegenüber.  
„Werner heißt. Gott sei Dank, Hanna. Den armen Kerl hat es furchtbar gepakt.“  
Ihre Augen trafen sich und es war ihnen, als müßten sie voneinander fliehen. Doch Klaus Besinnung die Gesinnung, die keine Seele entließ.  
„Hanna, wir haben uns entschlossen, schon früher zu sehen.“  
Er lag, wie sie biß wurde.  
„Am kommenden Montag. Am Sonntag werden wir uns erlauben, Sie zu besuchen, und am nächsten Tag ziehen wir.“  
„Sie kommen zurück, bald, Klaus“, bat sie.  
„Er nicht und löste ihre Hände.  
„Hanna, wir kommen wieder. Bleibst du, um ihr Tage zu nehmen. Wer weiß es heute?“  
„Wein, nein.“ Wie sie auf. „Kommen Sie das?“  
„Zurück fortgehen, — daß wir uns nicht mehr sehen?“  
Klaus ämelte schwer. „Am liebsten hätte er in seine Hände genommen und ihr unter Lügen und Küßen gelogt: „Wein, nein, ich will immer bei dir bleiben.“

Aber es ging ja nicht. Noch durfte er seine Hände nicht nach dem Fensterhinde ausstrecken, das jung, schön, ganz erfüllt von inniger Liebe vor ihm stand. Denn vor ihm lag, in noch die ganze Ungewissheit des Lebens.  
„Können Sie es, Klaus?“ wiederholte Hanna mit zitternder Stimme.  
„Wenn es sein muß, Hanna, dann kann ein rechter Mann alles.“  
Hanna wandte sich ab und trat aus Fenster. Die Tränen liefen ihr über die Wangen, und der Gesichts nicht sehen, doch sie weinte.  
„Hanna! Es wird alles gut und recht werden. Das Leben liegt vor uns, und wir müssen an das Leben glauben.“  
Da wandte sie ihm ihr Antlitz wieder zu, und aus ihren leuchtigen Augen brach ein helles Licht. Der unbesiegbare Glanz der Jugend.  
„Es wird schon alles recht werden.“

Werner war wieder gesund, aber sein Wesen hatte sich sehr verändert. Fröhlich und ernst lag er in die Welt. Er hatte noch nicht überwinden, und Frau Manes Briefe taten das übrige, daß die Wunde nicht vernarbte.  
Ungeöffnet lagen sie auf seinem Schreibtisch. Der eine Heilspatzen schien alle Hoffnungen Erinnerung wieder entstehen zu lassen. Es wurde in seinen Fingern, die Briefe zu öffnen. Aber er wagte es nicht. Eine ungeheure Sehne vor sich selbst und dem Bruder wollte er ihm.  
Jeden Tag wartete er auf den Briefträger, und Frau und Daniel erfüllten ihn, wenn er einen der kleinen Briefe in der Hand hielt.  
Und doch — er ließ sie ungeliefert.  
Klaus lag das Weh, das der Bruder trug.  
„So geht das nicht weiter, Werner!“ lagte er eines Tages zu dem Bruder.  
Der judte zusammen und sah ihn mit angstvoll-trüben Augen an.

„Was soll ich?“  
„Dies die Briefe.“  
„Nein, ich will nicht“, trotzte er auf.  
„Geh zu Frau Manas und bitte sie, daß sie dir deinen Frieden läßt.“  
Werner lag ihn erschraken an. Dann schüttelte er den Kopf.  
„Wie kommt es daß? Hast du schon einmal gefühlt, Klaus? Geh mir!“  
„Danke — dann können Sie mich begreifen. — Ich will nicht wieder zu der Frau, die mich so vertiert.“  
„Wie ein großes Kind war er, als er den Bruder bat: „Geh du zu ihr, Klaus!“  
„Was soll ich?“  
„Bitte sie, daß sie mir nicht mehr schreibt. Ich will mit mir fertig werden. Ich muß es. Bitte sie darum, zerleihe.“  
„Bewegte riebte Klaus ihm die Hand.  
„Ich tue es, Werner. Gleich morgen zum Freitag. Und Montag fahren wir nach der Heimat.“  
„Nach Hause!“

Staatsanwalt Dr. Wälffing fand vor Frau Manas, die ihm noch nie so bezeichnend erschienen war, wie in diesem Augenblick.  
„Ich gehe Ihnen, wie gesagt, nach die kommende Anwesenheit zu. Wenn Sie bis dahin nicht Ihren Beschluß revidieren haben, dann kenne ich keine Schonung mehr.“  
Ein Gefühl des Weils packte sie, als sie die spärlichen, höhnischen Worte ihres früheren Verlobten hörte. Aber in ihrer Seele war keine Furcht.  
„Tun Sie alles, was sie wollen. Ich hindere Sie nicht. Aber hüßen Sie sich! In dem Moment, da ich den letzten Weg gehe, erfüllt sich auch Ihr Schicksal. Glauben Sie nicht, daß ich und alle, die Sie kennen, nicht wissen, wen Sie in Ihnen vor sich haben!“

„Ich bin in allen meinen Handlungen sehr vorsichtig gewesen, meine Liebe. Ein Augenblick war ich nie, habe auch nie ein besonderes Faible für den Zweig der christlichen Weltanschauung gehabt. Aber, ich war, wie gesagt, sehr vorsichtig.“  
Da glomm ein liegestricheltes Leuchten in den Augen der schönen Frau auf.  
„Ganz langsam, jede Silbe betonend, sagte sie: „Aber doch nicht vorsichtig genug.“  
„Sprechen Sie sich deutlicher aus, meine Gnädige.“  
„Vor Gericht, Herr Staatsanwalt, wenn ich gezeugen bin, gegen den Brunnenverkäufer Dr. Wälffing zu klagen.“  
„Es wird Ihnen höchst bekommen, denn ich werde nur das reden, für was ich die Wahrheit beweisen antreten kann. Herr Axel Tschauschen — ich glaube, er war Ihr vierter Geliebter — ist jeden Augenblick bereit, zu schwören.“

„Mag er mich meinichigen Schwört werden. Ich wehre mich meiner Haut. Mag alles jugendlich gehen, aber Sie mit! Mein Herz, ich habe vor den besten Richter Respekt, aber das wünsche ich Ihnen einen lo abgeleiteten, christlichen Würdigen gibt sie Sie, das hätte ich nie geglaubt. Sie Spielter und Weiberst! — hinaus!“  
„Er war bunfelst geworden. Seltte Wal sprang aus seinen Augen.“  
„Weilen wirst du noch, Weils!“ lagte er sie an. Sie war mit einem Sehe am Schreibtisch und zog das Buch auf. Ein Revolver blinkte. Jeder Kern an ihr war zum Zerschellen gespannt.  
„Wenn Sie mich jetzt nicht augenblicklich verlassen, schloße ich Sie nieder wie einen kalten Hund.“  
„Er lagte trocken auf, dann aber wurde er bläß bis in die Lippen.  
„Hinaus lagte ich! — oder bei Gott, ich! —!“  
Der Sohn riefte bedrohlich.